Wenn vor einer Ausdehnung des Kampfes in dieser Richtung gewarnt werden muß, so muß in bezug auf die notwendig zu ergreifenden Mittel jedoch das Bibelwort gelten: Was du tust, das tue bald!

Die Unternehmer haben angekündigt, daß sie in Zukunft jeder Beunruhigung ihrer Betriebe durch Arbeitsniederlegung einzelner Abteilungen stets gemeinsame Maßnahmen entgegensetzen werden. Eine leere Drohung ist das nicht. Und welcher Art die Maßnahmen sind, haben sie gezeigt. Die Arbeiter haben also für die Zukunft ihre Taktik danach einzurichten. Wo auch irgend die geringste Forderung gestellt werden sollte, darf dies nicht ohne Einverständnis mit den in Frage kommenden Organisationen geschehen! Es darf nicht sein, daß die Organisationsleitung von Bewegungen erst in einem gewissen Stadium der Entwickelung Kenntnis erhält; es darf auch nicht sein, daß eine Organisation ohne Einverständnis mit den übrigen vorgeht; auch die Arbeiterausschüsse müssen bei den kleinsten Anlässen die Organisation vor ihrem Eingreifen befragen. Aus wie geringen Ursachen heraus sich ein Riesenkampf wie der verflossene entwickeln kann, hat gerade dieser gezeigt. Deswegen müssen die Organisationen die Fäden von vornherein in der Hand haben; ihnen — auf denen doch schließlich die Verantwortung für den Ausgang des Kampfes ruht — muß auch die Gelegenheit gegeben werden, den Augenblick zu bestimmen, in welchem sie den ja schließlich doch unausbleiblichen großen Kampf mit den Kühnemännern aufzunehmen gedenken.

Die Schlappe, welche die Arbeiter erlitten haben, kann kein Anlaß für sie sein, nun die Hände mutlos in den Schoß zu legen. Hat doch die Aussperrungstaktik der Scharfmacher bei allen Erfolgen des Unternehmertums das eine doch nicht zustande gebracht, die Organisation der Arbeiterschaft zu zerstören. Im Gegenteil haben Tausende und aber Tausende Indifferenter schutzsuchend vor der Brutalität des Unternehmertums sich den Organisationen zugewandt. Sorge man in den Gewerkschaften auch dafür, daß mit diesem äußeren Wachstum eine innere Kräftigung Hand in Hand gehe.

Kommt es aber schließlich zum Kampf mit dem ebenso listigen und verschlagenen, wie kräftigen und entschlossenen Gegner, den das Großkapital repräsentiert, dann kann neben der Vorsicht im Angriff nur Entschlossenheit in der Durchführung die Arbeiterschaft zum Siege führen!

Die oldenburgischen Landtagswahlen.

Von **R. Wagner** (Bant).

Am 17. dieses Monats haben die oldenburgischen Wahlmänner die Abgeordnetenwahlen vorgenommen. Der nunmehr gebildete neue Landtag zeigt fast genau dasselbe Gesicht wie der alte. Die vier Sozialdemokraten kehren wieder, sogar aus denselben Wahlkreisen wie im verflossenen Landtag, und auch die Zusammensetzung des bürgerlichen Mischmaschs, der in Oldenburg auf eine Sortierung nach verschiedenen Parteien verzichtet, hat sich höchstens um eine schwache Verstärkung der agrarischen Schattierung geändert.

Es kehren sogar zum allergrößten Teile dieselben Abgeordneten wieder. In der sozialdemokratischen Fraktion ist nur an Stelle des Genossen Denker, der bei der vorigen Wahl für den doppelt gewählten Genossen Hug eintrat, Genosse Zeidler-Schwartau getreten, während aus den bürgerlichen Reihen der oldenburgische Agrarier v. Hammerstein ausgeschieden ist. Dafür erhält das Bürgertum einen noch waschechteren Agrarier in der Person des voraussichtlichen Alterspräsidenten

Tews, der in den siebziger Jahren ein eifriger Anhänger der Sozialdemokratie war und sich inzwischen zu einem Gefolgsmann der Junkerschaft durchgemausert hat. Es stehen also, wie auch im vorigen Landtag, den 36 unsortierten, aber durchweg regierungsfrommen Bürgerlichen nur 4 Sozialdemokraten gegenüber.

Ruhstrat kann mit diesem Wahlausfall zufrieden sein. Kein Entrüstungssturm hat ihn hinweggefegt. Es bleibt alles beim alten im Pokerländchen. Und dennoch ist der Ausfall der oldenburgischen Landtagswahl ein schöner Erfolg für die sozialdemokratische Partei. Von 10168 bei der Urwahl abgegebenen Stimmen entfielen auf unsere Partei 4894, während für die Bürgerlichen bei 12 zersplitterten 5262 Stimmen gezählt wurden. Leider hat man bei den früheren Wahlen die Stimmen nicht genau registriert, und die Oldenburger Regierung hält es auch heute noch nicht für nötig, die bei den Urwahlen abgegebenen Stimmen amtlich bekannt zu machen; es steht aber so viel fest, daß bei der Landtagswahl im Jahre 1904 im allergünstigsten Falle kaum 2400 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht worden sind. Wir haben also unsere Stimmenzahl reichlich verdoppelt, sind jedenfalls, auch wenn wir nur die Landtagswähler in Betracht ziehen, die stärkste Partei im Oldenburger Ländchen und stehen hinter der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien nur um 368 Wähler zurück.

Besonders auffallend ist die Zunahme unserer Stimmenzahl in den Gemeinden mit industrieller Bevölkerung. In Bant sind wir von 541 Stimmen auf 744, in Heppens von 220 auf 408, in Neuende von 131 auf 252, in Nordenham von 0 auf 143, in Oldenburg von 205 auf 388, in Delmenhorst von 487 auf 822 emporgeschnellt. Aber auch in Orten mit rein ländlicher Bevölkerung, wo wir früher noch nie eine Stimme erhalten hatten, haben wir eine verhältnismäßig zahlreiche Anhängerschaft erworben. So erhielten wir in Apen-Augustfehn 37, in Brake 56, in Abbehausen 24, in Hammelwarden 20, in Sillenstede 27, in Accum 13 Stimmen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur der Oldenburger Staatsbürger wahlberechtigt ist, daß also nur diejenigen zugezogenen Einwohner wählen dürfen, die vorher das oldenburgische Staatsbürgerrecht erworben haben, was mit vielerlei Weitläufigkeiten, Scherereien und Unkosten verbunden ist, namentlich dann, wenn die Behörden wittern, daß es sich um sozialdemokratische Wähler handelt. Wir haben hier gar manche Beispiele von kleinlichstem Bureaukratismus verzeichnen können. Verlangten doch die sächsischen Amtshauptmannschaften, um den zur Erlangung der oldenburgischen Staatsangehörigkeit notwendigen Staatsangehörigkeitsausweis auszustellen, die dokumentarische Feststellung des jeweiligen Aufenthaltes, der Militärdienstzeit, der Eheschließungstermine usw. des Groß- und Urgroßvaters des Antragstellers. Den bürgerlichen Parteien wurden offenbar dabei viel weniger Schwierigkeiten in den Weg gelegt, wie aus Mitteilungen des Delmenhorster Kreisblatts hervorgeht.

Wir haben in Oldenburg allerdings kein Dreiklassenwahlsystem; aber man sieht: es läßt sich auch ohne ein solches eine „Volksvertretung" zusammenbringen, die nur als blutiger Hohn auf die Idee einer Volksvertretung zu betrachten ist. Die Wahlkreisgeometrie funktioniert in Oldenburg fast ebenso gut wie in Preußen das Dreiklassensystem; denn obwohl wir fast ebenso viele Stimmen aufgebracht haben als unsere Gegner, verfügen wir nur über den neunten Teil der diesen zugefallenen Mandate.

Als eine weitere Ursache der sonderbaren Erscheinung, daß trotz der Verdopplung unserer Stimmen die Zahl der Abgeordneten dieselbe geblieben ist, kommt die bei der diesjährigen Wahl zum erstenmal einsetzende außerordentlich rege Wahlbeteiligung der bürgerlichen Elemente in Betracht.

Bei den früheren Wahlen war die Beteiligung schon mehr als flau. Auch im Jahre 1904 wurde nicht nur auf bürgerlicher, sondern auch auf unserer Seite über die unsäglich traurige Wahlbeteiligung geklagt. Aber immerhin stand die Lässigkeit der wahlberechtigten Arbeiterschaft zu der der bürgerlichen Kreise in gar keinem Verhältnis, so daß es uns möglich war, durch Überrumpelungen dort Erfolge zu erringen, wo wir selbst keine erwartet hätten.

In den beiden münsterländischen (stockkatholischen) Wahlkreisen, wo sich die Schwarzen ganz unter sich glaubten, trat diese Lässigkeit auch bei der diesjährigen Wahl noch zutage. Diese Wahlkreise zählen zusammen 3906 zur Landtagswahl berechtigte Einwohner. Davon übten nur 70, sage und schreibe 70, ihr Wahlrecht aus. 69 stimmten für die Zentrumsliste, 1 für eine extemporierte sozialdemokratische. Unsere Partei hatte nämlich im Münsterland überhaupt keine Wahlmännerliste aufgestellt, obwohl wir bei der letzten Reichstagswahl einige hundert Stimmen zusammengebracht hatten. Wenn sich hier eine geheime Agitation hätte durchführen lassen, würden wir unter Umständen die Wahlmännermehrheit erlangt haben.

Natürlich hätte auch dort jede sich einigermaßen bemerkbar machende Agitation das Zentrum auf die Beine gebracht, wie eben auch in den übrigen Wahlkreisen unsere rege Agitation diesmal das gesamte Bürgertum wachrief, das nicht nur mit der uns abgelauschten Rührigkeit, sondern auch mit unseren eigenen Waffen focht. Fast sämtliche bürgerlichen Kandidaten hatten sich das sozialdemokratische Landtagswahlprogramm zu eigen gemacht und traten für dieselben Forderungen ein wie wir. Sie verurteilten alle miteinander das autokratische Regiment des Großherzogs, den Justiz- und Ruhstratskandal, die Verpfaffung der Volksschule, die drückende Besteuerung der untersten Einkommensteuerklassen usw. und trieften förmlich von Arbeiterfreundlichkeit. Wenn ihnen dann die Heuchlermaske vom Gesicht gerissen wurde, schrien sie Zeter und Mordio über persönliche Kampfesweise, gehässige Verleumdung, groben Ton usw. Die Oldenburger bürgerlichen Zeitungen, die es sonst an Sozialistenfresserei mit jedem Scharfmacherorgan aufnehmen können, hatten sich vor der Wahlschlacht in Blätter verwandelt, die mit Naumanns „Hilfe" oder v. Gerlachs seliger „Berliner Zeitung" hätten konkurrieren können.

Jedenfalls hat der bürgerliche Mischmasch einen guten Teil seiner Erfolge der Aneignung unseres Programms zu verdanken. Sogar dort, wo er nachher stockagrarische Abgeordnete einschmuggelte, hat er mit diesem Programm operiert.

Was Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien wert sind, hat sich bei der Wahl im Fürstentum Lübeck gezeigt. Hierüber verbreitet die bürgerliche Presse folgenden, dem „Berliner Tageblatt" entlehnten Bericht:

„Die Landtagswahl im Fürstentum Lübeck, bei der die Nationalsozialen und Sozialdemokratie gegen den Bund der Landwirte und die Mittelstandspartei vorgingen, hat, wie schon gemeldet, das Ergebnis gehabt, daß zwei Nationalsoziale, ein Sozialdemokrat und ein Nationalliberaler (anscheinend ein Bündler) gewählt wurden. Da ein nationalsozialer Wahlmann durch Krankheit verhindert war, so hatten die verbündeten Linksparteien nur 36 von 72 Stimmen; es fehlte also eine Stimme an der Majorität. Es kam daher auf das Verhalten der nicht im Kompromiß eingeschlossenen sieben Liberalen an. Die Bauernbündler hatten 29 Wahlmänner und hofften auch auf die Hilfe der 7 Liberalen. Im ersten Wahlgang kamen ein nationalsozialer Kandidat, der bisherige Abgeordnete Voß-Eutin, und ein Sozialdemokrat durch, in den weiteren vier Wahlgängen dann die beiden anderen Kandidaten. Die Sozialdemokraten ließen die Nationalsozialen im Stich. Sie erklärten fünf Minuten vor Eröffnung der Wahlhandlung, daß ihnen der zweite nationalsoziale Kandidat nicht genehm sei. Vier Tage vorher war er ihnen schon bekanntgegeben worden, ohne Ablehnung zu erfahren. Es wurde ihnen nun ein anderer Nationalsozialer genannt, und sie versprachen, diesen zu wählen. Trotzdem aber ließen sie im ersten Wahlgang auch diesen fallen und wählten nur einen Nationalsozialen und die Leute von ihrer Partei. Durch diesen Wortbruch veranlaßt, wählten nun in den weiteren vier Wahlgängen erst zwei, nachher drei Nationalsoziale auch den zweiten sozialdemokratischen Kandidaten nicht. Sie gaben weiße Zettel ab; der dritte wählte im fünften Wahlgang den Nationalliberalen."

Diese Darstellung ist durchaus unrichtig. Unsere Parteigenossen im Fürstentum Lübeck hatten mit den Nationalsozialen ein Übereinkommen getroffen, daß deren Wahlmänner für zwei sozialdemokratische Abgeordnete eintreten würden, und auch

versprochen, ihre Wahlmännerkandidaten hierauf zu verpflichten. Es wurden denn auch in der Redaktion des „Lübecker Volksboten" die Wahlzettel für die Abgeordnetenwahlen mit folgenden vier Namen hergestellt: Zeidler (Soz.), Voß (Nationalsoz.), Bull (Soz.), Döhler (Nationalsoz.). Tatsächlich haben nun die Nationalsozialen ihr Versprechen insofern nicht gehalten, als sie in dem Lehrer Jäger-Ahrensböck einen Wahlmann aufstellten, der von vornherein erklärte, nur einen Sozialdemokraten wählen zu wollen. Außerdem hatten sie noch einen anderen Wahlmann auf die Liste gesetzt, ohne ihn für die Wahl zweier Sozialdemokraten zu verpflichten. Dieser erklärte ebenfalls, nur einen Sozialdemokraten wählen zu wollen, nachdem er sich vorher geweigert hatte, überhaupt einen Sozialdemokraten zu wählen. Letzteres erfuhren unsere Genossen erst zwei Tage vor der Wahl, als es schon zu spät war, andere Wahlzettel zu beschaffen, weshalb sie sich entschlossen, den Nationalsozialen Döhler, der eigentlich gar kein Nationalsozialer, sondern ein freisinniger Volksparteiler und zudem ein Staatsbeamter ist, der vor drei Jahren sogar auf der agrarischen Liste stand, zu streichen und durch unseren Parteigenossen Rebenstorf zu ersetzen.

Es gehört eine eherne Stirn dazu, unter diesen Umständen zu behaupten, daß unsere Parteigenossen die Nationalsozialen über den Löffel hätten barbieren wollen, während es doch tatsächlich die Nationalsozialen waren, die durch die Aufstellung unsicherer Wahlmänner uns über den Löffel zu barbieren suchten. Immerhin können wir unseren Lübecker Genossen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es verabsäumt haben, sich rechtzeitig der Zuverlässigkeit der nationalsozialen Wahlmänner zu versichern. Hoffentlich ziehen sie aus dem ganzen Vorfall die heilsame Lehre, daß das Kompromisseln überhaupt nichts taugt.

Eine weitere Lehre, die wir aus dem Ausfall der Oldenburger Landtagswahlen ziehen können, ist die, daß wir auf sogenannte Mitläufer kaum noch zu rechnen haben. Wir hatten dieses Mal eine ganz hübsche Wahlparole: Ruhstrat und die Fleischnot. Aber wir haben selbst damit keinen einzigen Mitläufer gewonnen; wir können dreist behaupten, daß nur überzeugte Genossen für uns gestimmt haben und daß der Zuwachs unserer Stimmen mit dem Zuwachs unserer Partei in Oldenburg identisch ist. Das beste Zeichen dafür, daß von uns nicht mit der Rücksicht auf Augenblickserfolge, sondern prinzipiell agitiert worden ist! Muß uns doch schon der Umstand, daß sich die bürgerlichen Parteien einfach unser Landtagswahlprogramm zu eigen machen, darauf hinweisen, auch den Landtagswahlkampf vornehmlich als Klassenkampf zu führen, was natürlich einer langwierigen Vorbereitung bedarf und mit einer energischen und rastlosen Ausbreitung unserer Ideen überhaupt zusammenfällt. Gewiß läßt sich ein Landtagswahlkampf ohne spezielles Landtagsprogramm nicht führen, aber in der Hauptsache wird er doch, namentlich in den Kleinstaaten, in denen große politische Fragen selten auf der Tagesordnung des Landtags stehen, für uns nur eine große Heerschau sein. Daß zu dieser Heerschau jeder unserer Anhänger mit Stolz und Freude erscheint, um sich durch den Stimmzettel zu unserer Partei zu bekennen, wird sicherlich besser durch Enthusiasmierung der Massen für unsere großen sozialistischen Ziele, als durch die allerdings im Wahlkampf selbst auch nicht zu entbehrende Hinweisung auf die speziellen Aufgaben des Landtags erreicht.

Die Freiheit der Meinungsäußerung.

Von **K. Kautsky.**

Eine Fraktion der Redakteure des „Vorwärts" hat durch einige Erklärungen einen Konflikt an die Öffentlichkeit gebracht, der zwischen ihnen und den über der Redaktion stehenden Parteiinstanzen ausgebrochen ist. Diese Instanzen haben zur Stunde, da dieser Artikel in die Druckerei wandert, darauf noch nicht geantwortet, und es wäre daher verfrüht, auf die Besonderheiten des vor-